

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

umsonst + Spende

Vorbildliche Zusammenarbeit von Polizei und Neonazis

Freunde und Helfer des Systems

Ob Nazi-Aufmarsch in Fulda, Ausländerjagd in Magdeburg oder Krawall in Buchenwald: Die Polizei schaut zu, die Nazis bleiben unbehelligt. Politiker vergießen Krokodilstränen und geloben Besserung.

Polizeipannen? Nein. Regierung und Staat haben ein klares Feindbild: Die Linken. Die Polizei wird entsprechend gedrillt und weiß, wo sie hinzuschlagen hat. Und die Nazi-Schlägertrupps dienen den Herrschenden zur Fortsetzung ihrer Ausländerpolitik mit anderen Mitteln sowie zur Einschüchterung derjenigen, die den Kampf gegen die Bonzen und Politiker an den Schalthebeln der Macht organisieren wollen.

In Ostdeutschland wurden 60 Prozent aller Industriearbeitsplätze vernichtet. Im Westen gehen Entlassungen trotz wirtschaftlicher Erholung weiter. Immer weniger produzieren immer mehr und immer mehr bekommen immer weniger. Wenige dagegen bekommen immer mehr. Allein 85 Milliarden sitzen auf 249 Milliarden DM.

Regierung und Staat machen Propaganda, damit die Angst um die eigene Zukunft in Wut auf Sündenböcke wie Ausländer, Obdachlose oder „Sozialbetrüger“ abgelenkt wird.

Rassistische Vorurteile sind weit verbreitet. Aber das heißt noch lange nicht, daß sich die Bonzen auf ihren Geldsäcken ausruhen könnten. Die Unternehmer fürchten, daß die Arbeiter versuchen, demnächst das zurückzuholen, was sie in der Rezession verloren haben. Die Wut und Kampfkraft der 1,8 Millionen Metalller, die im Frühjahr gestreikt haben, sind ihnen noch gut in Erinnerung. Ebenso die Welle von Streiks, Demonstrationen und Generalstreiks der letzten 12 Monate in Europa.

Daß die regierenden Politiker und die Milliardäre überhaupt noch einigermaßen ruhig schlafen können, haben sie den Führern von SPD und Gewerkschaften zu verdanken, die sagen: Profite der deutschen Unternehmer zuerst! Das geht auf unsere Kosten und trägt dazu bei, daß Arbeiter verschiedener Länder gegeneinander ausgespielt werden. Im Übrigen wäre auch dem braunen Spuk schnell ein Ende zu machen, wenn nicht nur linke Jugendliche, sondern die Organisationen der Arbeiterbewegung – Gewerkschaften, SPD und

PDS – sich den Nazis entgegenstellen würden.

Weil das nicht oder nur unzureichend der Fall ist, haben Mitglieder der Sozialistischen Alternative VORAN sowie unserer europäischen Schwesterorganisationen 1992 die Initiative zum Aufbau von JRE ergriffen. Zum Kampf gegen Rassismus und Faschismus ist heute eine starke Jugendbewegung notwendiger denn je. Um aber diese und andere Übel an der Wurzel zu packen, muß der Kampf gegen das kapitalistische System aufgenommen werden, das diese hervorbringt.

Gegen Faschismus und Kapitalismus

Die Sozialistische Alternative VORAN – SAV organisiert Widerstand gegen die Angriffe der Unternehmer und tritt gleichzeitig für eine totales Umkrempeln der Gesellschaft ein: keine Macht den Millionären, für eine demokratische Planung der Wirtschaft! Weg mit den Privilegien der Politiker und Bonzen, für Facharbeiterlohn aller gewählten Vertreter! Sozialismus ist nicht die totale Entmündigung aller unter stalinistischer Herrschaft, sondern demokratische Verwaltung der Werte dieser Gesellschaft für ein menschenwürdiges Leben für alle.

Ein Beispiel für die Arbeit der SAV ist der Kampf um den Erhalt des Jugendzentrums Brückenhof in Kassel. Die Kündigung der Mitarbeiter wurde nach einer Demo und Aktion während einer Ratssitzung vorläufig gestoppt werden. Die Kürzungspläne wurden aber nur verschoben ... Die Logik des Kapitalismus zwingt Unternehmer oder Verwaltungen zu Kürzungen und Angriffen, Siege im Kampf dagegen sind nur vorläufig, solange dieses System existiert.

Sozialismus kann nicht isoliert in einem Land bestehen. Nur mit weltweiter Arbeitsteilung kann eine moderne Wirtschaft funktionieren. Doch Kapitalismus funktioniert heute umgekehrt:

durch die weltweite Konkurrenz trifft die Krise des Kapitalismus alle, die unterentwickelte Welt sogar noch viel stärker als uns. Sozialismus muß international erkämpft werden, darum gibt es die SAV nicht nur in Deutschland, sie ist Teil einer internationalen Organisation auf allen Kontinenten.

Wenn Du mithelfen willst, für eine sozialistische Welt zu kämpfen, komm' zu unserer Veranstaltung oder zu unserem Informationsstand und werde Mitglied!

★

Streikwelle in Südafrika: Arbeiter wollen jetzt die soziale Befreiung

Zu Gast auf dem Camp: Philemon Mauku von der Marxist Workers Tendency im ANC, die südafrikanische Schwesterorganisation der SAV. Vor kurzem war Philemon noch eingeknastet für Selbstverteidigung gegen die von der früheren Regierung geförderte schwarze Terrorbande Inkatha. Viele andere Kämpfer gegen die Apartheid sitzen noch ein ...

Die schwarze Arbeiterklasse und Jugend hat in einem Jahrzehnt der Kämpfe die freien Wahlen erzwungen. Aufstände in den Townships, Millionenbeteiligung an Generalstreiks, zähe Streiks um Löhne, Kauf- und Mietzahlungsboykott und der Aufbau der nicht-rassistischen Gewerkschaften im Dachverband COSATU haben die weißen Konzernherren und ihr Rassenparlament zum Nachgeben gezwungen. Polizeigewalt und Todeskommandos blieben ohne abschreckende Wirkung.

Das ANC-Regierungsprogramm verspricht neue Wohnungen, ein besseres Gesundheitswesen, Elektrizitätsversorgung etc. Nach Jahren der Rezession, der Blutopfer in Streiks und Demonstrationen verlangen die Arbeiter einen Ausgleich. Die Regierungsübernahme des ANC war Startschuß für eine massive Streikwelle.

Zur Zeit läuft ein landesweiter Streik im Einzelhandel um 15,6 Prozent Lohnerhöhung bei 7,2 Prozent Inflation. Auch wenn diese kleine Reallohn-

erhöhung den Abgrund zum Lebensstandard der Weißen kaum verringern würde, hat die Mandela-Regierung Angst, im öffentlichen Dienst könnte Ähnliches gefordert werden. Gleichzeitig ist sie auf die Unterstützung der Schwarzen angewiesen und empfahl der Polizei, beim Einsatz gegen Streikende Zurückhaltung zu üben.

Die ANC-Regierung setzt voll auf Marktwirtschaft. Ihr Reformprogramm muß im Rahmen dessen finanziert werden, was die Kapitalisten für be-

auch nicht. Die Verschuldung soll begrenzt werden, man buhlt um Investitionen aus dem Ausland. Das sind die Gründe, warum diese Regierung schwarze Arbeiter in ihrem Kampf um etwas höhere Löhne nicht unterstützt.

Ein menschenwürdiges Leben für die Masse der Bevölkerung wird es im Kapitalismus nicht geben. Der Weltmarkt wird von größeren imperialistischen Mächten beherrscht und der Markt in Afrika ist begrenzt. Natürlich erhält das südafrikanische Kapital jetzt freien Zugriff auf das südliche Afrika, kleine Fortschritte sind möglich. Doch insgesamt bleibt ein kapitalistisches Südafrika von Billiglöhnen abhängig.

Die Marxistische Arbeiterbewegung kämpft im ANC für ein sozialistisches Programm: die schwarze Arbeiterklasse muß um Vergesellschaftung und demokratische Leitung der Wirtschaft kämpfen. Eine demokratische Planwirtschaft und die Ausweitung auf das südliche Afrika könnten schnell Fortschritte bringen. Für dieses Ziel könnten auch weiße Arbeiter gewonnen, oder zumindest davon abgehalten werden, in zukünftigen

Klassenkämpfen auf Seiten der rassistischen Konzernchefs zu stehen.

★



Von Mandela wird der Lohn für Jahrzehnte opferreichen Kampfes erwartet

zahlbar halten. Vergesellschaftung der Großkonzerne gibt es nicht, massive Steuererhöhungen für die Reichen

Werde Mitglied der Sozialistischen Alternative VORAN - SAV

VORAN



Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

Sonderausgabe Anti-Nazi-Camp August 94

umsonst + Spende

Die Wahrheit über den 20. Juli 1944

Attentat für eine Diktatur ohne Hitler

Helmut Kohl und andere bürgerliche Politiker, unterstützt von vielen Journalisten, haben in den letzten Wochen gezielt Geschichtsfälschung betrieben. Die hochwohlgeborenen Herren Stauffenberg, Beck, Goerdeler und Co. wurden als Kämpfer für Demokratie und gegen den Faschismus hingestellt. Alles Lüge! Die gleichen Leute, die Hitler 1933 mit an die Macht gebracht hatten, wollten nur den verlorenen Krieg für das Bürgertum kostengünstig beenden, die „Ehre Deutschlands“ retten und eine Diktatur ohne Hitler errichten.

erfolgreichen Putsches Reichskanzler werden sollte, beschreibt die Ziele des bürgerlich-militärischen Widerstandes: „Mit den bisher angewandten Mitteln kann überhaupt kein Krieg gewonnen werden. In diesem Krieg hat sich die falsche oberste Führung so weit ausge-

Seit Beginn der faschistischen Machtergreifung haben KPD, SPD und Gewerkschaften die volle Wucht der Nazi-Diktatur zu spüren bekommen. Zehntausende wurden inhaftiert, gefoltert, ermordet. Trotzdem haben Kommunisten und Sozialdemokraten ihren Widerstand bis in die vierziger Jahre durchgehalten und die Hauptlast der Unterdrückung getragen.

Wirklicher Widerstand begann 1933

Der April 43 war laut Polizeistatistik ein durchschnittlicher Monat. Festgenommen wurden 357 Oppositionelle, davon 223 KPD, 37 andere aus der Arbeiterbewegung und 97 andere Hitler-Gegner – fünf Jahre nach Zerschlagung der Arbeiterorganisationen. Für den April 44 vermerkt die Statistik 1387 Festnahmen aus der Arbeiterbewegung, 529 aus dem bürgerlichen Lager und einige Christen.

Neben den politischen Arbeitern bekamen einfache Leute die Gewalt des Regimes zu spüren: Soldaten, die nicht morden und sterben wollten und desertierten, Arbeiter, die auf das Regime und den Krieg schimpften und dafür ermordet wurden.

Die deutsche Arbeiterbewegung hat es wegen der katastrophalen Politik der KPD- und SPD-Führer nicht geschafft, den Faschismus zu verhindern. Danach konnte vorerst keine Widerstandsbewegung aufgebaut werden, die die Nazi-Diktatur hätte stürzen können. Aber bis zum Ende haben einfache, zum Teil sehr arme Menschen dem Regime widerstanden, die Produktion sabotiert, Flüchtlinge versteckt. Und bereits am 8. 11. 1939 versuchte der Arbeiter Georg Elser, Hitler im Münchener Hofbräuhaus in die Luft zu jagen. Dies ist offenbar kein Datum für große Gedenktage.

Elser und dem Arbeiterwiderstand muß gedacht werden, nicht den gescheiterten Imperialisten des 20. Juli – auch wenn in bürgerlichen Kreisen einige persönlich ehrliche Leute gewesen sein mögen. ☆



Die Attentäter wollten sich und ihre Klasse, nicht das Volk, von Hitler befreien

Am 20. Juli 44 versuchte eine Verschwörergruppe hauptsächlich aus der Wehrmacht, Hitler in seinem Bunker „Wolfsschanze“ in die Luft zu sprengen. Das Attentat, ausgeführt von Graf Stauffenberg, mißlang, in der Verfolgungswelle wurden viele hohe Wehrmachtsoffiziere hingerichtet. Sie wurden in der Nachkriegszeit zu „Märtyrern“ hochgelobt.

Doch deren Widerstandsgeist regte sich erst, als sich abzeichnete, daß Deutschland den Krieg verlieren würde. Bis dahin hatten sie das Regime gestützt oder geduldet. Sie hatten kaum Probleme damit gehabt, von 1939 bis 1944 an der Seite ihres Führers halb Europa in Schutt und Asche zu legen und Millionen Menschen umzubringen.

Auch die Ermordung zehntausender Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter, die Abschaffung der parlamentarischen Demokratie, aggressive Außenpolitik und der Angriff auf die Sowjetunion, entsprachen den Zielen der Konzerne, der

Großgrundbesitzer, des Militärs und anderer Teile des Staatsapparates.

Schon 1938 hatten Militärs um die Generäle Fritsch und Beck mit „Widerstand“ gegen Hitler begonnen. Sie fürchteten, daß Hitler zu schnell zum Krieg dränge. Doch als mit dem „Anschluß“ Österreichs und der Besetzung des „Sudetenlandes“ alles glatt ging, war es mit dem Widerstand vorbei. Ähnlicher Widerstand kam vor dem Frankreich-Feldzug auf und verschwand ebenso.

„Notbremse“ für das Kapital

Erst, als Deutschland vor dem Zusammenbruch stand, die Nazi-Kriegsführung aus Sicht der Kriegsgewinnler-Konzerne und Militärs abenteuerlich und gefährlich wurde, schloß sich der bürgerliche Widerstand zusammen, versuchte am 20. Juli 1944 die Notbremse zu ziehen.

Die Denkschrift Goerdelers von 1943, der für den Fall eines

wirkt, daß es nicht mehr möglich ist, den Kriegswillen der Gegner zu brechen und so zu einem guten Ende zu kommen ... Welche Ziele sind denn noch durch richtiges Handeln erreichbar? Der Bestand des Reichs in den Grenzen von 1914, vermehrt um Österreich und Sudetenland ... Auch die führende Stellung Deutschlands auf dem Kontinent kann noch erarbeitet werden ... Die beiden angelsächsischen Weltreiche haben wie Deutschland ein Lebensinteresse, daß der Bolschewismus nicht weiter nach Westen vordringt. Nur Deutschland kann den Bolschewismus aufhalten ... Deutschland bedarf einer monarchischen Spitze, die eine stetige Innen- und Außenpolitik gewährleistet. Eine wählbare Spitze vermag dies nicht ...

Diese „Widerständler“ wollten den Faschismus durch eine „normale“ Diktatur ersetzen, mit den Westmächten einen Separatfrieden schließen und mit ihnen gemeinsam den Krieg gegen die Sowjetunion weiterführen!

„A Time To Rage“ von Tommy Sheridan

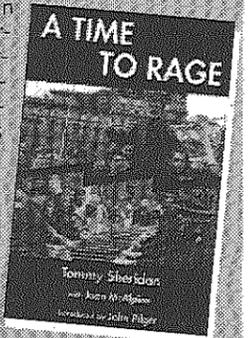
Zwischen 1988 und 93 entwickelte sich die größte Bewegung zivilen Ungehorsams in der britischen Geschichte: 13 Millionen Menschen verweigerten die Bezahlung der „poll-tax“, einer von Thatcher ausgeheckten, extrem ungerechten Kopfsteuer. 1991 mußte die polltax wieder abgeschafft werden und begrub ihre Urheberin unter sich. Organisiert wurde die Bewegung vom landesweiten Netzwerk der Anti-Polltax-Föderation (APTF), die ihren Anfang in den verarmten Wohnbezirken von Glasgow nahm. Initiatoren und politische Führungskraft waren Militant Labour und Scottish Militant Labour (SML), die britischen Schwesterorganisationen von SAV.

Nichtzähler wurden von Stadtverwaltungen, Gerichten, Polizei und Gerichtsvollziehern verfolgt. Doch dank der organisierten Gegenwehr gelang es, daß in Schottland keine einzige Zwangsversteigerung durchgezogen werden konnte. Tommy Sheridan, Vorsitzender der schottischen APTU, wurde als „Rädelsführer“ von Abwehraktionen 1992 zu 6 Monaten Haft verurteilt. Aus dem Gefängnis heraus kandidierte er für die neugegründete SML zum Stadtrat und errang einen Sitz. SML konnte sich, besonders in Glasgow, als sozialistische Opposition links von Labour etablieren.

Die APTU hat die Idee von Solidarität, von kollektivem, radikalem Kampf und direkter Aktion bei den unterdrücktesten Schichten der Gesellschaft in den Ghettos heruntergekommener Stadtteile wieder verankert. Sie hat gezeigt, daß erfolgreiche Kämpfe auch da möglich sind, wo Gewerkschaften und LP versagen oder die Kernschichten der Arbeiterklasse durch De-Industrialisierung extrem geschrumpft sind.

Tommys Schilderung, gespickt mit Anekdoten und Beispielen, ist geradezu ein Handbuch für den Aufbau einer Massenbewegung in Wohn- und Stadtvierteln gegen soziale Mißstände, mit strategischen und taktischen Überlegungen zur Führung des Kampfes. Ein lohnendes Buch für jede/n linke/n Basiskativisten/in!

„A Time To Rage“, Polygon Verlag Edinburgh 1994, in englisch, 280 Seiten, DM 16,80 am SAV-Stand.



Wofür wir kämpfen

Arbeit und Ausbildung

- ★ Arbeit für alle
- ★ 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ★ Mindestlohn von 2000 DM netto
- ★ Gleicher Lohn in Ost und West
- ★ Qualifizierte Ausbildungsplätze und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf
- ★ Für Schüler, Studenten und Azubis ab 18 Jahre mindestens 1500 DM netto

Wohnen

- ★ Sofortiger Mietestop und Begrenzung der Mieten auf 20 Prozent des Nettoeinkommens
- ★ Verbot von Maklertätigkeit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung
- ★ Enteignung großer privater Wohnungsbestände
- ★ Öffentliches Wohnungsbauprogramm von einer Million Wohnungen im Jahr

Soziales

- ★ Nein zu „Solidarbeitrag“ und Ergänzungsabgabe
- ★ Rücknahme aller Kürzungen der Kohl-Regierung
- ★ Kostenloses staatliches Gesundheits- und Pflegesystem
- ★ Massiver Ausbau von Schulen und Hochschulen

Bundeswehr

- ★ Radikale Abrüstung und Stop von Rüstungsexporten
- ★ Verstaatlichung der Rüstungsindustrie und Umstellung auf sinnvolle zivile Produktion
- ★ Kein Einsatz der Bundeswehr gegen Arbeiter und Demonstranten, kein Einsatz im Ausland
- ★ Streikrecht und Recht auf gewerkschaftliche Organisation für Soldaten
- ★ 1500 DM Mindestlohn bzw. Lohnfortzahlung für Soldaten und Zivildienstleistende

Umwelt und Verkehr

- ★ Sofortige Stilllegung aller AKW und Stop von umweltzerstörender Produktion bei voller Lohnfortzahlung für die Beschäftigten
- ★ Müllvermeidung und Recycling, sofortiger Baustopp für Müllverbrennungsanlagen

- ★ Ausbau des öffentlichen Verkehrs und Nulltarif
- ★ Verstaatlichung der Autoindustrie und Umstellung auf alternative Produktion

Frauen

- ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- ★ Streichung des Paragraph 218 Strafgesetzbuch
- ★ Kostenlose Betreuung für Kinder ab dem 1. und bis zum 12. Lebensjahr, einen garantierten Kindergarten-Platz für jedes Kind
- ★ Flächendeckendes Angebot an selbstverwalteten Frauenhäusern

Gegen Rassismus und Faschismus

- ★ Keine Abschiebungen
- ★ Wahlrecht und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen
- ★ Abschaffung aller Ausländergesetze
- ★ Mobilisierung zur Verhinderung aller Nazi-Aktivitäten durch antifaschistische Bewegung, Gewerkschaften, SPD und PDS

Gewerkschaften, SPD und PDS

- ★ Keine Zusammenarbeit mit den Parteien des Kapitals
- ★ Organisierung eines vereinten Kampfes von deutschen und ausländischen, west- und ostdeutschen Kolleginnen auf der Grundlage eines sozialistischen Programms
- ★ Abgeordnete und Funktionäre dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn

Für eine sozialistische Demokratie

- ★ Keine Privatisierung, Verstaatlichung aller Konzerne, Banken und Versicherungen unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung
- ★ Für eine demokratische Planwirtschaft, in der die Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt wird
- ★ Wahl- und jederzeitige Abwählbarkeit aller Funktionäre in Wirtschaft und Staat. Keine Privilegien für Funktionäre, sondern durch schnittlichem Facharbeiterlohn

Werde Mitglied der SAV!

- Ich möchte weitere Informationen über Eure Arbeit.
- Ich möchte Mitglied der SAV werden.

Wir setzen uns mit Dir in Verbindung und geben Deine Adresse an die nächstgelegene Ortsgruppe der SAV weiter.

Name, Adresse, Telefon

Abgeben am SAV-Stand oder schicken an:

Sozialistische Alternative VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln

Infotelefon 02 21 / 13 45 04 Fax 02 21 / 13 72 80

Antisemiten gegen Hitler

Nikolaus Graf Uxküll über die Pläne der Verschwörer: „Am Rassegedanken sollte festgehalten werden, soweit dies möglich war“

Alexander Graf Stauffenberg, Bruder des Oberst Claus Schenk Graf von Stauffenberg: „er sei der Meinung, daß die Judenfrage in weniger krasser Form hätte durchgeführt werden sollen, weil dadurch weniger Unruhe in die Bevölkerung hineingetragen worden wäre.“

(aus dem Bericht des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, Ernst Kaltenbrunner, an den Leiter der Parteikanzlei, Martin Bormann, vom 16. Oktober 1944. Zitiert nach Konkret 7/94)